

PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE
UND DIE POLITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER TSCHECHOSLOWAKEI
IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1945 UND 1948

Versuch einer Analyse des Aufsatzes Jan Kozák: „Die Möglichkeit der revolutionären Ausnützung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgaben der Volksmassen“.

Von Otfrid Pustejovsky

Vorbemerkung

Der Umsturz der letzten Februarwoche des Jahres 1948 in der Tschechoslowakei¹ gliederte den Staat scheinbar plötzlich und ohne näheren Übergang in das System des Sowjetblocks ein. Die in den vergangenen Jahren zahlreich erschienene Literatur² sowohl marxistischer Provenienz als auch von Seiten des tschechischen Exils erlaubt dagegen nach sorgfältiger Prüfung den Schluß, im tschechoslowakischen Beispiel eine von langer Hand theoretisch und praktisch vorbereitete Aktion der KPTsch³ unter wahrscheinlich aktiver Beteiligung der UdSSR zu sehen. Ja, man kann sogar sagen, daß in der Tschechoslowakei die marxistisch-leninistischen Thesen von der revolutionären Unterwanderung parlamentarisch-demokratischer Einrichtungen zum ersten Male in der Geschichte zu einem Gutteil in praxi verwirklicht worden sind — wenn auch äußere und innere Umstände die Ereignisse in außerordentlicher Weise begünstigten.

Jan Kozák, heute führender marxistischer Philosophieprofessor in Prag, ein früherer Nationalsozialist⁴, hat bereits in mehreren Untersuchungen zu diesem Ereignis Stellung genommen. Retrospektiv entwickelt er neue The-

¹ Zur Chronologie der Ereignisse vgl. speziell: Kronika únorových dnů.

² Vgl. dazu das als Anhang beigegebene ausführliche Literaturverzeichnis.

³ KPTsch = Kommunistische Partei der Tschechoslowakei; vgl. K o p e c k ý : ČSR a KSČ.

⁴ Sein Lebenslauf, soweit er bekannt ist, in: K u h n / B ö s s : Biographisches Handbuch, S. 346—347; entspr. K o p e c k ý : ČSR a KSČ S. 240, unterstützte K o z á k bereits in den dreißiger Jahren die kommunistischen Studentenbewegungen, obwohl er den tschechischen Nationalsozialisten (národní socialistická strana) angehörte.

sen zum revolutionären Kampf am Beispiel der Jahre 1945 bis 1948 in der Tschechoslowakei. Seine für die politische Geschichte der unmittelbaren Vergangenheit aufschlußreiche Schrift „Die Möglichkeit der revolutionären Ausnützung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgaben der Volksmassen“⁵ liegt unserer Arbeit als Rahmenthema zu Grunde.

Die wesentlichen Thesen Jan Kozáks

Kozák geht es in seinem Aufsatz vor allem um den Nachweis, daß der gesamten Nachkriegsentwicklung in der ČSR Gesetzmäßigkeit im marxistisch-leninistischen Sinne innewohnt. So steht denn seine Arbeit unter folgendem Aspekt: leninistische Theoreme mit den konkreten Maßnahmen der KPTsch in Einklang zu bringen, d. h. mit den Maßnahmen, die die ČSR zum Musterbeispiel kommunistischer Staatsumwandlung werden ließen. Die gemeinhin als Sowjetisierung⁶ bezeichneten Vorgänge stellen in der Tat — und dies sucht eben Kozák vor allem nachzuweisen — eine Verwirklichung der revolutionären Theorien und der bis 1945 gesammelten Erfahrungen kommunistischer Parteien dar. Aus den Erfahrungen der spanischen Rotfront, der französischen Kommunisten oder der englischen Labour Party wird die den marxistisch-leninistischen Thesen angeblich widersprechende Anschauung vom „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ als Opportunismus herausgearbeitet.

Die praktische Anwendung der klassischen Revolutionsthesen geschah — dies geht aus Kozáks und anderer Darstellungen⁷ klar hervor — unter zentralen und umfassenden Gesichtspunkten, in gleichmäßiger und alle wichtigen Bereiche staatlicher Organisation umgreifender Einschaltung des ‚Drucks von oben‘ wie auch des ‚Drucks von unten‘; das heißt: parlamentarisch-legislativer, legal-exekutiver sowie außerparlamentarisch organisierter zentraler Aktionen. Wichtig hierbei ist, wie Kozák in seiner Arbeit mehrfach feststellt, die genaue Wahrung demokratisch-institutioneller Formen, die planmäßige Ausnützung vieler die Öffentlichkeit tatsächlich bewegender Probleme, sowie die durch die Kriegsereignisse besonders geförderte emotionale Anlehnung der ČSR an ihren slawischen Nachbarn, die UdSSR. Von besonderem Interesse erscheint uns der Hinweis, daß selbst den marxistischen Theoretikern und Historikern der neuesten Geschichte

⁵ Bezeichnenderweise erfolgte diese Veröffentlichung, wie auch die der meisten anderen Arbeiten, in den „Beiträgen zur Geschichte der KPTsch“.

⁶ Vgl. z. B. Birke/Neumann: Die Sowjetisierung, sowie viele ähnlich lautende Titel.

⁷ Vgl. Bibliographie, spez. Foustka; Klimeš; Bouček; Frey: Stichwort ‚Boj — strany...‘

verschiedene parteiinterne Vorgänge der KPTsch, insbesondere des Jahres 1947, nicht bekannt gewesen zu sein scheinen⁸; diese Auffassung wird er-
härtert durch die gerade in jüngster Zeit verstärkten Bemühungen um die
theoretische und praktische Erforschung der ersten Nachkriegsjahre.

Das von Kozák in der uns vorliegenden Arbeit verarbeitete theoretische
Material ist gering. Im Grunde beschränkt es sich — soweit dies feststellbar
ist — auf die „Klassenkämpfe in Frankreich“⁹ von Karl Marx und auf das
Werk Lenins, „Staat und Revolution“¹⁰ vom Juni-September 1917. Indirekt
ist Kozák natürlich bestrebt, der neuen Linie Moskaus, insbesondere den
Ergebnissen des XX. Parteikongresses der KPdSU, Rechnung zu tragen.

Aus der Menge der teilweise etwas unsystematisch vorgetragenen The-
sen und ihrer ‚Beweisführung‘ scheinen folgende Punkte besondere Wich-
tigkeit zu besitzen:

1. Die Möglichkeit verschiedener Formen und Wege der proletarischen
Revolution;
2. die Abhängigkeit bestimmter Formen von den konkreten Verhältnissen:
 - a) internationale und innere Klassenkräfte;
 - b) Organisierung des Proletariats und der Bourgeoisie;
 - c) der Grad der Wirtschaftsstruktur eines Staates;
 - d) die politischen Traditionen und deren Organisationsform;
3. die nationale Front der ‚Patrioten‘;
4. die Verwirklichung des sogenannten Kaschauer Programms¹¹;
5. das Bündnis mit der UdSSR;
6. die politischen Traditionen der Tschechen (und Slowaken) vor allem auf
parlamentarischem Gebiet;

⁸ Kozák: K objasnění postupu ÚV KSČ. Die sich durchziehende Ansicht und
Feststellung: „In der Bearbeitung des Materials der Parteigeschichte in den Jah-
ren 1945 bis 1948 bestehen bisher, wie die Forschungsergebnisse zeigen, bedeu-
tende Mängel. Dazu trug auch die Tatsache bei, daß ein Teil des Materials einem
breiteren Kreis von Wissenschaftlern lange Zeit hindurch nicht zugänglich war“.
S. 123. Und seine abschließende Bemerkung: „Die Materialquelle ist allerdings nur
eine aus der Reihe anderer, zwingt zur Aufsuchung weiterer Quellen, zu ihrer
gegenseitigen Überprüfung und damit zur sukzessiven Verwissenschaftlichung
und zu einer größeren Parteilichkeit bei der Auslegung.“ S. 125.

⁹ Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. Berlin 1951, 170 S.
= Bücherei des Marxismus-Leninismus. Bd. 23.

¹⁰ Lenin, W. I.: Werke. Bd. 25. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der
KPdSU. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausg. Berlin 1960.

¹¹ Kaschauer Programm: benannt nach der ostslowak. Stadt Kaschau (= Košice), in
der die aus dem Exil zurückgekehrte und in der ‚Nationalen Front‘ vereinigte
tschechoslowakische Regierung das Regierungsprogramm entwickelte; wichtigste
Punkte vgl. Anm. 20.

7. die wesentlichen Kampfmittel der KPTsch¹²:

I. ‚Druck von oben‘ in 4 verschiedenen Grundformen:

- a) Beherrschung von Staatsmacht und Staatsapparat;
- b) Popularisierung revolutionärer Forderungen;
- c) Nationalisierung der Grundindustrie, der Banken, usw.;
- d) ‚Entlarvung‘ und Unterdrückung sowie Isolierung bourgeoiser Parteien, Kräfte, Feinde, Verräter, usw.;

II. ‚Druck von unten‘ auf die Regierung, das Parlament und andere Machtorgane:

- a) Einberufung von Protestversammlungen;
- b) Annahme und Verbreitung von Resolutionen;
- c) Entsendung von Deputationen;
- d) Organisierung von Massendemonstrationen;
- e) Ausrufung von Streiks, gegebenenfalls des Generalstreiks (24. Februar 1948);
- f) in außerordentlichen Organisationsformen:
 - aa) Betriebsrätekongresse;
 - bb) Kongresse der sogenannten Bauernkommissionen;

8. die ‚Abweichung‘ der reformistischen Thesen des ‚parlamentarischen Wegs zum Sozialismus‘ von der originären marxistisch-leninistischen Lehre.

Auf diesen Grundpositionen konstruiert Jan Kozák sein Gebäude der „Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution“, indem er zusammenfassend bemerkt:

„Die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution mit Hilfe der revolutionären Ausnützung des Parlaments, auf die der XX. Kongreß der KPdSU hingewiesen hat, ist ein Produkt der neuen Klassenbedingungen, die durch die tiefgreifenden objektiven und subjek-

¹² Zu Punkt 7 ist interessanterweise noch zu bemerken, daß Kozák eine ganze Reihe von Organisationen als „Bestandteile“ des organisierten ‚Drucks von unten‘ aufzählt. Es sind demnach:

1. Die Nationale Front: einschließlich der „breiten, einheitlichen, gesamt-nationalen Massenorganisationen“, deren Positionen die Arbeiterklasse beherrschte. K. rechnet hierher auch noch die „linken fortschrittlichen demokratischen Kräfte in den übrigen Parteien“;
2. die Massenorganisationen stellten die „direkten Reserven der Partei (sc. KPTsch) dar“;
3. die einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung;
4. der Einheitsverband der tschechischen Bauern;
5. der Verband der befreiten politischen Häftlinge;
6. der Verband der Freunde der Sowjetunion;
7. der Verband der tschechischen Jugend;

letzterem wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wie seine Geschichte seit Anfang Mai 1945 und vor allem seit der Vereinigung der beiden nationalen Verbände SSM und SCM zum ČSM am 23.—24. April 1949 beweist.

tiven Veränderungen in der Welt geschaffen worden sind. Sie ist ein Produkt klassenpolitischer Konsequenzen, die aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems und seiner politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Macht entstanden sind¹³.

Die in wesentlichen Teilen des Kozák-Aufsatzes ausschließlich faktographische Untermuerung der Thesen sowie die feststellbare Unsicherheit der offiziellen Geschichtsschreibung in der Beurteilung der ersten Nachkriegsjahre¹⁴, berechtigen zu dem Schluß, daß auch die Parteilinie keine Sicherheit gegenüber den oftmals recht unklaren und verschiedenartig auslegbaren Fakten bietet. Im Rahmen der parteilich konstruierten Geschichte ist auch Jan Kozák nur ein ausführender Teil, wenn auch, wie man wohl sagen kann, einer der bedeutenderen.

Der panslawische Gedanke und die Politik der KPTsch

Kozák vermeidet es offensichtlich, eines der wichtigsten Elemente kommunistischer Politik der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erwähnen: die slawische Komponente. Statt dessen nimmt er die ‚sozialistische Nachbarschaft‘ zur UdSSR in Anspruch.

Eine Betrachtung der politischen Tätigkeit Moskaus seit 1939 gegenüber dem böhmisch-mährischen Raum zeigt aber ganz deutlich die gesteuerte und alle Elemente emotionaler Bereiche einbeziehende Propaganda. Kann man die politische Konzeption des panslawischen Gedankens bei den anderen tschechoslowakischen Parteien — etwa den Nationalsozialisten, den Agrariern, den Volksparteilern, usw. — als Ergebnis des dem 19. Jahrhundert entstammenden Geschichtsbildes zuschreiben, so ist im Gegensatz hierzu die Politik der KPTsch sowohl ideologisch als auch pragmatisch bestimmt. Gezielt und geschickt nimmt zum Beispiel Klement Gottwald in seinen Moskauer Kommentaren für die ČSR auf diese slawische Nachbarschaft Bezug¹⁵. Prinzipien der Volksfronttaktik — nationale Einigkeit, National-

¹³ K o z á k : Možnost, S. 215.

¹⁴ Vgl. z. B. die Thesen zur čsl. Geschichte, die als Beihefte zum ČSČH 1953—1955 erschienen sind; mehr darüber: P a u s t e j o v s k ý, Otfrid: Die zwiespältige Umdeutung der tschechischen Geschichte. Saeculum 11 (1960) 246—292.

Ferner der III. Band der von der čsl. Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Geschichte: Přehled československých dějin. Díl III. 1918—1945. [Überblick der tschechoslowakischen Geschichte.] Prag 1960. 671 S. Mit einer ausführlichen Bibliographie — allerdings zum überwiegenden Teil marxistischer Provenienz — S. 614—637. Vgl. weiter die zahlreichen Beiträge zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit in den versch. historischen Zeitschriften, vorallem im ČSČH; dazu auch weitere Verweise im Literaturverzeichnis.

¹⁵ Aus den zahlreichen Reden und Kommentaren nur einige Beispiele: Spisy. Bd. IX (1939—1942). Prag 1954, 331 S.

Všeslovanský sjezd v Moskvě [Der allslawische Kongreß in Moskau]. Kommentar v českém vysílání moskevského rozhlasu 13. srpna 1941. S. 50—53: „Die Ver-

ausschüsse, zentrale Führung — werden mit dem Mantel der engen slawischen Brüderlichkeit umhüllt; in bezug auf den Leninschen Internationalismus argumentiert hier Kozák mit den ‚veränderten objektiven Gegebenheiten‘. Bemerkenswert ist bei Gottwald schon zu jener Zeit die genaue terminologische und praktische Unterscheidung zwischen tschechoslowa-

treter aller slawischen Völker kamen in Moskau zusammen, um die Einheit und Solidarität aller slawischen Völker im ungeheuren Kampf gegen den Erbfeind des Slawentums, den kämpferischen Pangermanismus, . . . zu proklamieren“. S. 51.

Fronta českého národa [Die Front des tschechischen Volkes]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 17. ledna 1942. S. 159—162:

„Ja, für das tschechische Volk (sc. národ) verläuft heute die Front durch die tschechischen Fabriken, durch die tschechischen Schächte, durch die tschechischen Felder und durch die tschechischen Eisenwerke. Das tschechische Volk (sc. lid) hat Hitler an dieser Front nicht nur einen Schlag beigebracht“. S. 162.

Osmnáct let od smrti V. I. Lenina [Achtzehn Jahre sind seit dem Tode W. I. Lenins vergangen]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 21. ledna 1942. S. 163—166:

„Die entscheidenden Kämpfe liegen erst vor uns. Und gleich wie die Völker der Sowjetunion alle Kräfte anspannen, damit sie zum nächsten Todestag Lenins sein Andenken in einem vom hitlerischen Ungeziefer gereinigten Land feiern können — so ähnlich wird auch das tschechische Volk (sc. lid) alles in seiner Macht liegende tun, damit wir die kommende Totenfeier Lenins bereits im freien Prag begehen können!“ S. 166.

Druhý všeslovanský sjezd v Moskvě [Der zweite allslawische Kongreß in Moskau]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 4. dubna 1942. S. 278 bis 281:

„Verehrte Zuhörer! Heute Abend wird in Moskau der zweite allslawische Kongreß begonnen. Die Vertreter aller slawischen Völker kamen wiederum in der Hauptstadt der Sowjetunion zusammen, um die Solidarität und Einigkeit des Slawentums im Kampf gegen den Hitlerismus, diesen Hauptfeind der slawischen Völker, zu demonstrieren. . . . Es besteht kein Zweifel daran, daß der zweite Moskauer allslawische Kongreß ein weiterer Ansporn im Kampf aller slawischen Völker für ihre Befreiung aus fremder Unterdrückung sein wird. . . . Das tschechische Volk (sc. lid) wird sich seiner hussitischen Ahnen wert erweisen und wird jene alte hussitische Parole zu neuem Ruhm erheben: „Den Feind fürchtet nicht, auf die Zahl blickt nicht, schlägt sie, schlägt sie, niemand sollt ihr verschonen!“ S. 278; 280; 281.

Spisy. Bd. X (1942—1943). Prag 1955, 362 S.

Hieraus seien lediglich erwähnt: 16. Mai 1942: Bekanntmachung der tschech. Politiker in der UdSSR. S. 31—34. 27. Mai 1942: Nach dem Vorbild der Hussiten, an der Seite der Roten Armee. S. 39—50. 6. Juli 1942: Die Tradition des siegreichen nationalen Befreiungskampfes. S. 88—91.

Spisy. Bd. XI (1943—1945). Prag 1955, 397 S.:

Hier nur ein Beispiel: 1. Februar 1944: Über einige Fragen der politischen Führung unseres nationalen Kampfes. S. 289—296: „Eines aber können wir heute schon mit Sicherheit voraussetzen, daß nämlich das Volk (národ), das so harte Erfahrungen durchgemacht, nicht die Wiederkehr früherer politischer Zustände erleiden wird, und sei dies auch in verkleideter Form, daß es vor allem nicht erlauben wird, daß an führender Stelle, an die Staatsführung jene sozialen Konstellationen und ihre politischen Vertreter gelangen, die in der jetzigen nationalen Krise so schändlich gelogen und verraten haben.“ S. 293.

kischem Volk im Sinne der werktätigen Massen (lidl) und tschechischem und slowakischem Volk im ethnischen Sinne (národ)¹⁶.

Auch der Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion und der ČSR-Exilregierung vom 12. Dezember 1943¹⁷ wird unter diesem Gesichtspunkt motiviert. Für die Sowjetunion aber und für die kommunistische Partei der Tschechoslowakei stellt er den Hebel für die späteren unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten in die innere Politik der ČSR dar, was von den verantwortlichen Exilpolitikern jedoch nicht erkannt oder falsch eingeschätzt wird¹⁸. Der sozialistische Block innerhalb der Nationalen Front¹⁹ setzt diesen Hebel allerdings bereits im Kaschauer Programm an²⁰. Die Propaganda folgt unmittelbar nach²¹.

¹⁶ Vgl. dazu Anm. 15.

¹⁷ KAG XV (1945) S. 167: Vertrag über die Freundschaft, den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege.

Art. 1 Die hohen vertragsschließenden Parteien sind übereingekommen, sich zu einer Politik ständiger Freundschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit nach dem Kriege sowie zu gegenseitiger Hilfe zu verbünden...

Art. 4 ...im Interesse ihrer beiderseitigen Sicherheit übereingekommen, in der Zeit nach der Wiederherstellung des Friedens eng und freundschaftlich zusammenzuarbeiten...

Art. 5 Jede der hohen vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich, kein Bündnis abzuschließen, noch an einer Koalition teilzunehmen, die gegen die andere vertragsschließende Partei gerichtet ist.

¹⁸ Radioansprache Staatspräsident Beneš, anlässlich des 2. Jahrestages der UNNRA, an die USA; 15. November 1945: „Wir haben unser eigenes Regime und unsere volle Unabhängigkeit. Und wir bleiben ein souveräner Staat. Die Sowjetunion mischt sich nicht in unsere Angelegenheiten und wird sich auch nicht einmischen. Wir gehen nach unseren eigenen Methoden vor, nach unseren Traditionen, nach unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir uns von Rußland isolieren können und wollen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Gedanken durch keine Grenzziehung aufgehalten werden können. Wir entlehnen daher der Sowjetunion all das, was unseren Verhältnissen zugute kommt...“ KAG XV (1945) S. 524.

Und noch am 24. Februar 1948 schreibt Beneš an das ZK der KPTsch: „Ich bestehe auf parlamentarischer Demokratie und einer parlamentarischen Regierung. Ich kenne natürlich auch genau ihren notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Inhalt. Ich habe meine politische Arbeit auf diesen Grundsätzen aufgebaut und ich kann nicht anders handeln, ohne mich selbst zu verraten... Ich muß daher von neuem an alle appellieren, auf parlamentarischem Wege der Nationalen Front eine gütliche Lösung und eine neue erfolgreiche Zusammenarbeit zu finden.“ Zit. nach: Die Februarereignisse. S. 49.

¹⁹ Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten.

²⁰ Beschlossen am 5. April 1945 in Kaschau. Hauptpunkte: Bildung einer Regierung der Nationalen Front, in der die zugelassenen Parteien mit je drei Ministern vertreten sein werden; Einigung über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und der Banken; Bodenreform; Verfolgung von Kollaborateuren und Staatsverrätern; Einigung über die Bildung von Nationalausschüssen.

²¹ Der neuernannte Premierminister Zdeněk Fierlinger hielt am 7. April 1945 in Kaschau anlässlich der Sitzung des Slowakischen Nationalrates eine Rede, in der

Zweifelsohne stimmte die kommunistische Taktik weitgehend — wenigstens anfangs — mit der öffentlichen Meinung überein, die in dieser slawischen Komponente eines der wesentlichsten Schutzmittel gegenüber allen dem tschechoslowakischen Staat künftig drohenden Gefahren ansah. Mit

er sich als Sozialdemokrat voll mit den kommunistischen Forderungen identifizierte, ohne dies natürlich expressis verbis auszudrücken. Des Interesses wegen wird hier nahezu der ganze Wortlaut wiedergegeben:

„Die Regierung muß eine Regierung einer breiten Volksfront sein, die sich aus Vertretern aller sozialen Schichten und politischen Richtungen zusammensetzt, die in der Heimat und im Auslande den Befreiungskampf gegen die deutsche und ungarische Tyrannei führten ... Die Regierung hat zur Zeit nur eine begrenzte Mission, jedoch erkennt sie das Ausmaß der bevorstehenden Aufgaben und die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung ... Wir müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die vorrückende Rote Armee unterstützen ... Die gemeinsamen Grenzen, die wir mit unserem großen östlichen Nachbarn haben werden, werden uns die Möglichkeit geben, gegenseitige Beziehungen zu schaffen, welche auf militärischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ihren Ausdruck finden werden ... Aus unserem gegenwärtigen Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind, das imperialistische Deutschland, werden alle slawischen Völker wiedergeboren und mit erstarktem demokratischem Bewußtsein hervorgehen. Die slawischen Völker haben sich ein für allemal von den verderblichen Einflüssen und Einmischungen von außen befreit, die ihre Freiheit bedrohten ... Deshalb erscheint es auch selbstverständlich, daß sich alle slawischen Völker ausnahmslos um ihren großen Verbündeten die Sowjetunion gruppieren, deren aufrichtige und folgerichtige Politik ein einziges und großes Ziel verfolgt, nämlich die volle Unabhängigkeit und Freiheit aller slawischen Staaten für immer zu garantieren ... Diese unsere slawisch orientierte Politik wird uns nicht hindern, unseren großen westlichen Nachbarn die traditionelle Freundschaft zu bewahren, d. h. der angelsächsischen Demokratie und dem wiedererstandenen demokratischen Frankreich. Alle staatlichen, öffentlichen und Verwaltungsbehörden werden gänzlich von allen jenen Elementen gesäubert werden, die sich gegen die Republik und das Volk vergangen haben, von allen faschistischen und dem Faschismus freundlichen Elementen sowie von jenen, die sich während der deutschen und ungarischen Besetzung hinsichtlich des Volkes und des Staates als wortbrüchig und feig erwiesen haben ... Auf dem Gebiete der Wirtschaft muß der Staat ernste Maßnahmen ergreifen, um die Volkswirtschaft völlig von jeglichem fremden Einfluß zu befreien und sämtlichen Besitz, der Staatsbürgern von feindlichen Staaten gehört oder von ihnen verwaltet wird, in die Verwaltung des Volkes überzuführen ... Die Regierung wird bestrebt sein, tschechischen und slowakischen Boden ein für allemal den fremdländischen deutschen und ungarischen Grundbesitzern zu entreißen, ebenso den Verrätern des Volkes, und ihn der tschechischen und slowakischen Bauernschaft und den eigenen Staatsbürgern zu übergeben. Zum Zwecke der erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus müssen das gesamte Geld- und Kreditwesen, die grundlegenden Industriezweige, die Energiequellen und Bodenschätze unter die Kontrolle des Staates und in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden ... Die Regierung wird ferner dafür sorgen, daß die Tschechoslowakei auswärtige Hilfe erhält, insbesondere von seiten der Sowjetunion.“ KAG XV (1945), S. 166 bis 167.

gutem Echo konnte man sowohl von kommunistischer²² als auch von nationaler Seite²³ auf das Jahr 1938 verweisen. Und gerade diese slawische Parole war es, die von der KPTsch in ihrer innenpolitischen Aktivität in jeder Weise ausgenützt wurde: in bezug auf die Landwirtschaft²⁴, die Gewerkschaftsbewegung²⁵, die Heranbildung sonstiger Massenorganisationen, wie z. B. des tschechischen Jugendverbandes und des Verbandes der slowakischen Jugend²⁶; weiters in bezug auf die parlamentarischen Traditionen, die Steuerung des Parteiwesens im allgemeinen, usw.

Während Kozák das Element ‚Freundschaft‘ mit der UdSSR in den Vordergrund stellt und hier die politischen parlamentarischen Traditionen der ČSR einbezieht, läßt er die in der unmittelbaren Nachkriegszeit so elementar wirkende ‚slawische‘ Komponente völlig außer Betracht. Es wurde aber

²² Vgl. dazu besonders Klement Gottwald: Spisy Bd. XIII und XIV. In zahlreichen Reden und Aufsätzen weist er immer wieder darauf hin, „daß die großkapitalistischen Magnaten nicht fähig sind, die Wirtschaft zum Vorteile der Gesamtheit zu leiten“ (i. Original kursiv), die bourgeoise Mißwirtschaft den Staat verkaufte — jetzt aber habe man den „neuen Erweis der Lebendigkeit und Wahhaftigkeit der Parole, daß der Slawe überall Brüder hat“. Zum Beispiel: Spisy XIV (1947—1948). Prag 1958, 467 S. Projev na manifestaci KSC na Václavském náměstí v Praze 1. května 1947 [Ansprache anläßlich der Kundgebung der KPTsch auf dem Wenzelsplatz in Prag am 1. Mai 1947], S. 23.

²³ Vgl. dazu z. B. R í p k a : Czechoslovakia. S. 124. Auch jenes Erziehungsprogramm der tschechischen Nationalsozialisten für 1948: Es heißt hier, daß „die Sowjetunion autoritativ in die politischen Ereignisse zugunsten der Sozialistischen Einheitspartei und zum Nachteil der Zentrums-Parteien, in denen sie undemokratische Elemente erblickt, eingreift“. Zit. nach: Die Februarereignisse S. 91. Gegenüber der deutschen Frage übt Ripka große Zurückhaltung. Vgl. auch Wanklyn: Czechoslovakia, S. 188—189: „The central fact of Russian pressure was undeniable. The February Revolution would not have happened without the design and activity of the Soviet Union. But the putsch was also certainly planned and put through within the country, although the Communists hurried into action because they stood to lose in the 1948 elections. The strength of the Czech proletariat behind the extreme left wing was not appreciated in Western Europe . . . In addition to this complication of political thinking, there was, amongst millions of Czechs, that dazed uncertainty of opinion which surely came from the German occupation with its destruction of all that was positive and vigorous in Czech political life. In a sense, the Germans had themselves cleared the way for the development of Communist strength.“

²⁴ Die Bodenreformgesetzgebung des Jahres 1945: vgl. Abschn. „Die Taktik der KPTsch“ vorl. Aufsatzes.

²⁵ Mit besonderer Berufung auf die ‚Einheitlichkeit‘ der Gewerkschaftsbewegung; die ÚRO ist auch heute ein wichtiges Mittel der Kontrollen innerhalb des ROH.

²⁶ Zug um Zug wurden die ersten Zellen unmittelbar nach Kriegsende neben der KPTsch begründet; und die Geschichte des Verbandes, der seinen Vorläufer im Bund der Jungen (Svaz mladých) der 1. Republik hat, läßt deutlich die kommunistische Jugendorganisation erkennen. Vgl. dazu J. Bartoš: ČSM; J. Kopecký: ČSR. S. 240. Ferner noch aus den zahlreichen Einzelaufsätzen über dieses Thema u. a. folgende Angaben: MF 1955: 30. 1.; 4. 3.; 10. 7.; 5. 8.; 25. 10.; 1958: 7. 1.; 30. 7.; 30. 10.; PM 1955: S. 13—16; 321—323; 490—494; 647—650; 669—672; 1958: Beilage zur Nr. 15.

bereits festgestellt, daß die Reden Gottwalds dagegen stets — bei Anrufung der nationalen Geschlossenheit — in der Betonung der allumfassenden slawischen Brüderlichkeit gipfelten. Dies geschah sogar noch nach dem 20. Februar 1948; zum Beispiel in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am 10. März 1948²⁷ oder in seinem Brief an die Gesamtstaatliche Konferenz des SČM²⁸ vom 3. April 1948²⁹.

Fast ist es ein Wiederaufnehmen der Worte, die Edvard Beneš unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil in die ČSR — wobei ihn schon damals Sorin begleitete³⁰ — am 16. Mai 1945 gesagt hatte:

„Nun tritt die Tschechoslowakei in ein neues Zeitalter. Unser Volk kann nunmehr zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes im Geiste der nationalen Traditionen schreiten, die seiner großen Geschichte würdig und auf der

²⁷ „Es sei nach allen Seiten hin klar gesagt, daß die Tschechoslowakei ein treues und verlässliches Mitglied der slawischen Familie ist und bleibt und daß sie sich auch als Verbündete der anderen volksdemokratischen Länder fühlt.“ Das Aktionsprogramm S. 26.

²⁸ SČM; vgl. Bartoš Josef: ČSM. Aus der Geschichte des tschechoslowakischen Jugendverbandes 1945—1959. Berlin 1960, 380 S.

²⁹ „Teure Freunde . . . Worin sehe ich die Bedeutung Eurer Konferenz? Ich glaube, daß es vor allem wichtig ist zu verstehen, wie viel der diesjährige historische Februar für das Schicksal der heutigen jungen Generation und weiterer Generationen bedeutet . . . Der Weg breitet sich heute vor Euch noch ausladender, noch heller, noch freudvoller . . . Vom Februar 1948 an ist den Parteikämpfen um die Seele der jungen Menschen ein Ende bereitet worden: Heute stellt der Verband tschechischer Jugend die einzige vollberechtigte Organisation dar, die sich um die gesamte tschechische Jugend kümmert, gerade so wie sich der Verband der slowakischen Jugend der slowakischen Jugendlichen annimmt . . . Und diese neuen Aufgaben sind: Die Jugend zu tätiger Liebe zum Vaterland und zur volksdemokratischen Ordnung zu erziehen — das bedeutet heute vor allem zur rechtschaffenen Aufbauarbeit . . . sie im Geiste slawischer Brüderlichkeit und internationaler demokratischer Solidarität zu erziehen . . .

Es ist die Aufgabe, unsere Jugend zu Bürgern zu erziehen, die selbstbewußt und stolz auf ihre Zugehörigkeit zum tschechischen und slowakischen Volk sowie zum Slawentum überhaupt sind . . . Zum ersten Mal aber ist die Zeit gekommen, da die Empfindungen, wir seien klein und schwach, wir seien nur die ‚tschechische Pflüze‘, wir spielten keine Rolle in der Geschichte Europas, die historische Grundlage, der sie entwachsen sind, verloren haben. Wir sind nicht mehr klein und schwach; gemeinsam mit der Sowjetunion und den übrigen slawischen Ländern sind wir 250 Millionen. Auch befinden wir uns keineswegs an der Peripherie des Weltgeschehens; zusammen mit der sozialistischen Sowjetunion und den übrigen volksdemokratischen Staaten befinden wir uns an der Spitze des Weltfortschritts, als Bauleute an einer neuen, höheren, menschlicheren Gesellschaftsordnung . . . Da wir uns auf den Weg der Volksdemokratie und der slawischen Außenpolitik begeben haben, hörten wir auf, ein kleiner und vereinsamer Staat in Europa zu sein, wir wurden ein Teil der großen und mächtigen Front der fortschrittlichen Staaten . . . Wenn sich je unser Volk von neuem seiner reumreichsten hussitischen Zeit genähert hat, dann geschieht dies gerade heute.“ Gottwald: Spisy. Bd. XIV, S. 349—351. Desgl. RP 80, 4. April 1948.

³⁰ Vgl. Angabe in: KAG XV (1945) 321.

Grundlage der neuen vom großen Masaryk vertretenen Ideale aufgebaut sind. . . . Wir werden den Völkern der Sowjetunion ewig dankbar sein . . . Wir werden den großen Traditionen der revolutionären Epoche der Tschechoslowakei treu bleiben und werden die Freundschaft zu allen slawischen Völkern, insbesondere zum großen russischen Volke pflegen“³¹.

Die slawophile Stimmung begünstigte ohne Zweifel die strategischen Anfängserfolge der KPTsch auf allen Seiten; dazu kann natürlicherweise das Exil nicht schweigen, wenngleich die Begründungen differieren³².

Aus der Summe der Konferenzen, Aktionen und Äußerungen, welche die KPTsch vor allem in der zweiten Jahreshälfte von 1947³³ inszenierte, kann aber — auf Grund ihrer üblichen Verschleierungstaktik — geschlossen werden, daß mit der Konsolidierung der allgemeinen Verhältnisse in der Tschechoslowakei eine unmittelbare Abnahme des politisch wirksamen Einflusses der Partei parallel lief, ja, daß eine auch aus wirtschaftlichen Erwägungen entstandene Wendung zum Westen sich anzubahnen schien³⁴. Die unmittelbare Einwirkung der Sowjetunion vereitelte diese politische Entscheidung. Auch die anfangs allgemein begrüßte ‚gemeinsame Grenze‘³⁵ mit der Sowjetunion — die durch Abtretung der Karpato-Ukraine seitens der ČSR an die Ukraine und damit an die Sowjetunion entstanden war — büßte nur zu bald an Popularität ein, wie auch die allseitige Demontage durch die Rote Armee bald zu Unstimmigkeiten und offiziellen Schritten Stalin gegenüber führte³⁶. Was blieb noch übrig von der Konstruktion Beneš’:

³¹ KAG XV (1945) 229—230.

³² G a d o u r e k : The political control . . . S. 13 schreibt z. B.: „Already before the end of the hostilities the communists in Czechoslovakia launched the old class-war with all their vigour. They exploited a large scale of resources; the propagandistic work among the masses was combined with the political action at the top-level of diplomacy: the secret negotiations in order to achieve the occupation of the large parts of Czechoslovak territory by the Red Army . . .“ Dann beschreibt G. die 4 Hauptpunkte kommunistischer Agitation, um anschließend festzustellen: „With the active support of the Red Army which occupied about three quarters of the Czechoslovak territory, the communists started to carry this scheme.“ Nichts wird über die Inaktivität der anderen Parteien gesagt, über die politische Fehleinschätzung der Lage oder etwa die Gründe des Anhaltens der amerikanischen Truppen, deren strategische Positionen eine Einnahme Prags noch vor der Roten Armee u. U. gestattet hätten.

³³ Dazu G o t t w a l d : Spisy. Bd. XIV. S. 77—220. Fernerhin auch der Ergänzungsband zu Bd. VI—XI in beschränktem Umfang.

³⁴ Vgl. die Abstimmung für den Marshall-Plan: 7. Juli 1947: Einstimmiger Regierungsbeschluß f. die Teilnahme; 9. Juli 1947: Drohungen Stalins gegenüber der čsl. Regierungsdelegation unter Gottwald, Masaryk und Drtina über Kündigung des Freundschafts- und Beistandspaktes vom 12. Dezember 1943; daraufhin einige Tage später wiederum einstimmiger Beschluß: Ablehnung der Teilnahme mit der Berufung auf die Nichtteilnahme der anderen slawischen Staaten. Vgl. dazu auch Ripka: Czechoslovakia, Kap. 7 und 8.

³⁵ Vgl. dazu die Rede Fierlingers vom 7. 4. 49; Anm. 21.

³⁶ Staatspräsident Beneš wandte sich damals auf vielseitiges Drängen direkt an Stalin und bat um dessen Einschreiten. Vgl. KAG XV (1945) 243.

„Wir sind Slawen und Nachbarn der Sowjetunion, eines vorwiegend slawischen Staates. Es ist daher natürlich, daß dessen soziale Struktur auf uns einen Einfluß hat. Aber wir sind und bleiben eine Demokratie auf parlamentarischer Grundlage...“³⁷.

Im politischen Bereich ist nichts mehr wirksam. Bedeutung hat die ‚slawische Komponente‘ dagegen in der sogenannten historischen Begründung der nationalen Besitzergreifung der Grenzgebiete erhalten. Hier steht allerdings nur das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in Betracht.

Lenin und der demokratische Formalismus

Die zentrale Begründung für seine Thesen sucht Kozák bei Engels, Marx, Lenin — wir können noch ergänzen: in der neuen Linie Chruschtschows. Von dieser theoretischen Grundlegung aus kommt er auf die Praktiken der KPTsch zu sprechen. Es ist eine zumeist wenig beachtete Tatsache, daß die Durchdringung des parlamentarischen und bürokratischen Apparates des tschechoslowakischen Staatswesens nach 1945 keineswegs nur das Ergebnis parteipolitischer oder bloß im allgemeinen Sinne machtpolitischer Bestrebungen war. Vielmehr ist hier systematisch der Versuch unternommen worden, Lenin in die Praxis umzusetzen. Freilich muß festgestellt werden, daß die historische Gesamtsituation hier unvergleichlich günstigere Voraussetzungen geschaffen hatte, als dies etwa in anderen Ländern der Fall war³⁸.

Wie schon dargelegt, stützt sich Kozák vor allem auf zwei Hauptthesen für das tschechoslowakische Beispiel, für die er aber auch für die Zukunft Allgemeingeltung beansprucht; die Axiome sind:

1. Revolutionäre Ausnützung des Parlaments;
2. Parlamentarischer Weg zum Sozialismus.

Da der von ihm zitierte 2. Weg zu keinem im kommunistischen Sinne wirksamen Erfolg geführt habe — er erwähnt als Beispiele Schweden, Großbritannien und Frankreich —, schließt er auf dessen Unvereinbarkeit mit den marxistisch-leninistischen Thesen des Klassenkampfes und der Erringung der Herrschaft durch das Proletariat.

So behandelt er denn auch speziell den ersten Weg und hier wiederum die besondere Lage, die sich durch die Lenkungsmöglichkeit beispielsweise großer Massenbewegungen ergibt. Es muß hier festgehalten werden, daß in dieser Hinsicht beispielsweise zwischen dem Radiokommentar Gottwalds

³⁷ KAG XV (1945) 524. Rundfunkrede Beneš' am 15. November 1945.

³⁸ Z. B. Zusammenbruch des ‚bourgeois tschechoslowakischen Staates‘ sowie seiner Ideologie des ‚Tschechoslowakismus‘; Zersplitterung der verschiedenen tschechischen Parteien in der Emigration und mangelnde einheitliche Organisation wie auch Programmlosigkeit nach der Rückkehr 1945; die dominierende Stellung der Roten Armee; usw.

vom 11. Mai 1942 aus Moskau³⁹ und seiner Ansprache an die versammelten Massen auf dem Prager Wenzelsplatz am 28. Februar 1948⁴⁰ ein unmittelbarer, ideologisch, politisch und historisch einheitlich geplanter Zusammenhang besteht. In der Massenfunktion des ‚Drucks von oben‘ sieht Kozák das entscheidend-bewegende Element zum Sozialismus.

Im III. Kapitel seines Werkes „Staat und Revolution“ äußert sich Lenin grundsätzlich zum Problem des Parlamentarismus: „Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in arbeitende Körperschaften“⁴¹.

Und Lenin zitiert dazu einen Satz von Marx: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zugleich“⁴². Damit identifiziert er sich auch!

Die Aufhebung und Ersetzung des parlamentarischen Systems durch eine eigene Form war dann auch die entscheidende Tat der KPTsch. Es war, so könnte man noch ergänzend hinzufügen, die folgerichtige Fortsetzung jener Politik, die Gottwald als junger Abgeordneter anlässlich seiner ersten Parlamentsrede am 21. Dezember 1929 vor der tschechoslowakischen Nationalversammlung mit bombastischem Wortschwall verkündete und in der er der Formaldemokratie den unbedingten Kampf ansagte:

„Jawohl! Wir kämpfen gegen den Staat, in dem die Banken, die Fabriken und der Grundbesitz den Kapitalisten gehören. Wir kämpfen gegen den Staat, dessen Apparat in den Händen der Kapitalisten ein Instrument der Gewalt gegen die Arbeiterschaft ist. Wir kämpfen gegen den Staat, in dem die Mehrheit des arbeitenden Volkes wirtschaftlich und politisch versklavt ist. Kurz, wir kämpfen gegen euren kapitalistischen, imperialistischen Staat. Wir kämpfen und werden kämpfen für einen proletarischen Staat, für einen Staat der Arbeiter, für einen Staat der Bauern ... Uns werdet ihr nicht kaufen, uns werdet ihr nicht brechen, uns werdet ihr nicht vernichten! Ihr habt euch eine Bande Verräter gekauft, ihr habt gedacht, daß ihr die kommunistische Partei zerschlagen werdet und dann standet ihr da mit offenen Mäulern, als eure Agenten aus der kommunistischen Partei verjagt wurden. ... Wir sagen euch und eurer sozialfaschistischen Regierung den schärfsten Kampf an. Diesen unseren Kampf werden wir ohne Rücksicht auf Opfer, zäh und zielbewußt solange führen, bis eure Herrschaft hinweggefegt sein wird“⁴³.

Es ist tatsächlich in der ČSR die folgerichtige revolutionäre Anwendung des Leninschen Rezepts, das dieser zunächst theoretisch konzipiert hatte,

³⁹ Spisy. Bd. X. S. 27—30.

⁴⁰ Spisy. Bd. XIV. S. 274—275.

⁴¹ L e n i n : Werke. Bd. 25. S. 275—277 („Erfahrungen der Pariser Kommune vom Jahre 1871. Die Analyse von Marx“).

⁴² S. Anm. 41.

⁴³ Zitiert nach N e č á s e k : Die Jugend S. 77—78. Spisy. Bd. I. S. 211—216.

knapp zwei Monate ehe ihm selbst die Massen zum Durchbruch seines Programms verhalfen — wenn auch die konkreten Bedingungen zu erheblich veränderten objektiven Gegebenheiten führten:

„Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus ... Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zu Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische Staatsmaschine — stehendes Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine demokratischere Staatsmaschine ... bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen, zu ersetzen“⁴⁴.

Die Begründung der sogenannten Nationalausschüsse, die spätere Gründung der Arbeitermilizen, die konzentrierte Macht des zentralen Gewerkschaftsverbandes, stellten solche Instrumente des Druckes in der Tschechoslowakei dar⁴⁵, indem sie legislative und exekutive Macht in sich vereinigten und die Grundlage für die ersten Wahlen zur Nationalversammlung bildeten. Damit entsprachen sie einerseits formal-demokratisch dem ‚Volkswillen‘, entsprachen aber andererseits auch genau dem von der KPTsch gewollten und gelenkten Apparat⁴⁶ im Sinne des parteidogmatischen ‚demokratischen Zentralismus‘. Auch die Bildung und Ausformung der verschiedenen Massenorganisationen nahm die KPTsch unter dem Deckmantel des nationalen Erfordernisses in ihre Hände: den SČSP (Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft)⁴⁷, den bereits erwähnten revolutionären Gewerkschaftsverband⁴⁸, den einheitlichen Jugendverband SČM⁴⁹ usw. Das

⁴⁴ L e n i n : Staat und Revolution. Werke. Bd. 25. S. 278.

⁴⁵ Vgl. zum Beispiel den ausführlichen Bericht über die Wirksamkeit des Brüner Nationalausschusses für 1945: Zpráva ... národného výboru ...

⁴⁶ Vgl. dazu die Satzungen der KPTsch: demokratischer Zentralismus, Organisationsstruktur; dazu vor allem F r e y : Příručka, Stichwort: Strana — komunistická dann K o p e c k ý : ČSR a KSČ; ferner zur Vorgeschichte Paul R e i m a n n : Geschichte der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Hamburg—Berlin 1931, 436 S. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 4.

⁴⁷ Vgl. dazu Kuhn-Böss: Handbuch S. 47.

⁴⁸ Ebenda S. 57—64.

war im Leninschen Sinne die Umformung in der ersten Etappe: allseitige Kontrolle der unteren legislativen und exekutiven Organe mittels politisch wirksamer und zentral gesteuerter Massenmedien. Es ist nun nicht unsere Aufgabe, bereits oft und zusammenfassend von anderer Seite Gesagtes zu wiederholen, uns interessieren hier nur die wichtigsten Etappen⁵⁰ — darüber aber sei im folgenden Kapitel mehr gesagt.

So war es nur folgerichtig, daß auf der am Samstag, dem 21. Februar 1948, auf dem Altstädter Ring in Prag abgehaltenen und von der KPTsch inszenierten Massenversammlung eine Resolution angenommen wurde, in der es u. a. hieß:

„Wir verlangen eine Regierung Klement Gottwald ohne reaktionäre Minister. Wir fordern, daß Ministerpräsident Klement Gottwald gemäß der Verfassung und im Geiste der demokratischen Traditionen die Regierung mit neuen Mitgliedern ergänze, die treu zum Programm der Nationalen Front stehen und entschlossen sind, dem Interesse des Volkes und der demokratischen Volksrepublik treu zu dienen“⁵¹. Und kurze Zeit später verkündete im kühl-sachlichen Ton formaler Richtigkeit das Aktionsprogramm der neuen Regierung Gottwald⁵² — am 10. März 1948⁵³ — die Umwandlung

⁴⁰ 1945 bis 23./24. April 1949 zwei nationale Verbände: der tschechische SČM und der slowakische SSM, von da ab ein einheitlicher Verband, der lediglich noch ein zusätzliches slowakisches Zentralkomitee und eine Revisionskommission beim slowakischen ZK hat. Zu den Abkürzungen in der heutigen tschechischen Amtssprache vgl.: Verzeichnis der in der neuen tschechischen Publizistik verwendeten Sprachneubildungen und Abkürzungen. Als Manuskript hrsg. vom COLLEGIUM CAROLINUM. München 1961, 59 S.

⁵⁰ Urban, R.: Die Tschechoslowakei. In: Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern. Hrsg. von Ernst Birke und Rudolf Neumann unter Mitwirkung von Eugen Lemberg. Frankfurt/M.—Berlin 1959, S. 177—251. Hier ist die wesentliche Entwicklung von 1945 bis 1958 unter Verwendung zahlreicher Literatur- und Quellenverweise dargestellt.

⁵¹ Die Februarereignisse. S. 25.

⁵² Die Ministerliste u. a. in: Die Februarereignisse. S. 77—78. Von 24 Ministern oder Staatssekretären ist die absolute Mehrheit kommunistisch!

⁵³ „Heute tritt die ergänzte und rekonstruierte Regierung mit ihrer programmatischen Erklärung vor die Verfassungsgebende Nationalversammlung. Mit der Genehmigung dieser programmatischen Erklärung der Regierung durch die Verfassungsgebende Nationalversammlung wird die Lösung der Regierungskrise auch parlamentarisch bestätigt (in Original kursiv) ... In der Vormünchener Republik herrschten unter dem Deckmantel einer formalen parlamentarischen Demokratie die großen und durch ihren Besitz mächtigen Herren ... Es war einfach klar, daß in der befreiten Republik das Volk das entscheidende Wort haben muß. Nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit (i. Original kursiv) ... So ist es nach der Befreiung dazu gekommen, ... daß wir eine Erneuerung der reaktionären politischen Parteien aus der Zeit vor München nicht zugelassen haben, jener Parteien, die das unmittlere politische Werkzeug der tschechischen und slowakischen Großbourgeoisie waren; daß wir eine Regierung der Nationalen Front

der entscheidenden Instrumente, des Parlaments und der Exekutive⁵⁴, in eine Regierung des ‚Volkswillens‘. Um dies alles im Rahmen der auch von Lenin aufgestellten Prinzipien der Ausnützung der Schwächen der parlamentarischen Demokratie. Genau genommen ist also der Februarputsch trotz mancher revolutionärer Randerscheinungen in Prag ebensowenig ein Putsch, wie die ‚Machtübernahme‘ vom 30. Januar 1933 in Deutschland. Die Demokratie bzw. ihre Gestaltungsformen wurden von innen und unten ausgehöhlt. Der Sinn fiel weg, die entleerte Form blieb — bis heute!

Die entscheidenden Schritte zur Umwandlung des demokratischen Systems in eine Volksdemokratie geschahen unter der Ägide Stalins. Vor 1953 können wir daher kaum Arbeiten feststellen, die sich vom marxistisch-leninistischen Standpunkt theoretisch mit diesem Problem auseinandersetzen. Erst der XX. Parteikongreß der KPdSU von 1956 hat hier die Möglichkeit geboten und den Weg frei gemacht zur methodologischen Einordnung und Standortbestimmung. Dies geht auch ganz deutlich aus der Arbeit Jiří Sládeks, des stellvertretenden Rektors der Parteihochschule der KPTsch, „Nach dem XXII. Parteikongreß“ hervor: „Wenn wir über die Bedeutung und die Ergebnisse des XXII. Kongresses reden, müssen wir vor

schufen ... Im Mai 1945 haben wir die Reaktion aus dem Sitzungssaal der Regierung zur Tür hinausgeworfen und im Februar 1948 hat es sich gezeigt, daß uns diese Reaktion zum Fenster hereingekrochen war (i. Original kursiv). Zur Ergänzung und Rekonstruktion der Regierung ist es auf streng verfassungsmäßigem, demokratischem und parlamentarischem Wege gekommen (i. Original kursiv). Dem muß aber noch ausdrücklich hinzugefügt werden, daß nur die erneuerten politischen Parteien und die überparteilichen Organisationen Teile der erneuerten Nationalen Front sein können. Die Agenten der Reaktion müssen aus diesen Parteien und Organisationen bedingungslos hinaus!“ Das Aktionsprogramm der neuen Regierung Gottwald. S. 5, 6, 8—9, 11, 16, 24—25.

⁵⁴ Am 25. Februar 1948 erklärt Gottwald auf der Massenversammlung des ‚Prager Volkes‘ (lid) auf dem Altstädter Ring in Prag die Regierungsumbildung — den ‚putsch‘ (W a n k l y n : Czechoslovakia, S. 188) — folgendermaßen: „Ich kehre gerade aus der Burg vom Herrn Präsidenten zurück ... Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Herr Präsident alle meine Vorschläge, so wie sie unterbreitet wurden, angenommen hat. Genossen und Genossinnen, sowohl die Entlassungs- wie auch die Ernennungsdekrete sind vom Herrn Präsidenten unterzeichnet und werden von mir baldigst gegengezeichnet werden. Dem Herrn Präsidenten fiel die Entscheidung über diesen Antrag nicht leicht, was daraus ersichtlich wird, daß es eine geraume Zeit beansprucht hat, bis er die Dinge erwogen und entschieden hat ... Und nun Genossen und Genossinnen, noch einige Worte. Die Reaktion, die gerade während dieser Zeit einen entscheidenden Schlag gegen unsere volksdemokratische Ordnung vorbereitete und plante, wurde selbst geschlagen und besiegt ... Die Einheit unseres Volkes (sc. lidu), die Einheit der Arbeiterklasse, die Einheit der Arbeiter, Bauern, Handwerker und Intelligenz war es, die unserem Volke (sc. národu) genügend Kraft verlieh, daß es innerhalb weniger Tage die Hinterhältigkeiten und Verschwörungen der Reaktion im Keime erstickte. Jetzt, da jeder Angriff der Reaktion abgeschlagen ist, kehren wir wiederum an unsere Arbeit zurück ...“ Spisy. Bd. XIV. S. 274—275. Desgleichen RP 48, 26. Febr. 1948.

allem seinen historischen Standort bestimmen. Und da können wir keineswegs die Tatsache übersehen, daß der XXII. Kongreß wie auch der XXI. — der im Januar 1959 stattfand — der vom historischen XX. Kongreß Anfang 1956 bestimmten und formulierten politischen Linie entspringt; es ist eine Linie, die grundsätzliche und weitreichende Änderungen hervorbrachte, zu denen es nach Stalins Tode in der Politik der KPdSU gekommen war. Die Bedeutung und den historischen Standort des XXII. Kongresses können wir lediglich dann in vollem Umfang verstehen, wenn wir den XX. Kongreß in seinem gesamten Umfang und in seiner Reichweite verstehen, wenn wir ihn als einen Kongreß begreifen, mit dem eine gänzlich neue Zeit in der Geschichte der KPdSU wie auch in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung anbricht . . .“⁵⁵. Es entspricht genau der Charakteristik der Umwandlung der nationalen und bourgeoisen Revolution in eine sozialistische bei Kozák, wenn Sládek dann fortfährt:

„Bis zu dem Zeitpunkt, da Marx und Engels in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich an die Spitze der ersten internationalen kommunistischen Arbeiterorganisation stellten und für diese das erste wissenschaftliche Aktionsprogramm erarbeiteten — das berühmte Kommunistische Manifest — verliefen alle Sozialbewegungen mehr oder weniger elementar, kamen nur blind vorwärts. Die Programme, soweit diese Bewegungen überhaupt solche formulierten, waren durch ihre Verschwommenheit gekennzeichnet, mit zwar schönen, aber in der Tat völlig unerreichbaren Zielen. Jedoch nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute zeichnen sich alle nichtkommunistischen, nichtmarxistischen Bewegungen und Parteien durch Kurzsichtigkeit, Programmlosigkeit und ein offenes Unverständnis aus, auch nur die annähernde Grundlinie der gesellschaftlichen Entwicklung zu beurteilen, die Zukunft vorauszusehen und vorzubereiten. Das Ergebnis ist dann ein Herumtappen, opportunistische Anpassung an den Augenblick, Verlust jeglicher Perspektive — und früher oder später Scheitern. Erinnern sie sich unserer einst so mächtigen bourgeoisen politischen Parteien, wie zum Beispiel der Agrarpartei, der Gewerbe- und Nationalvereinigung und vieler anderer — wo sind sie denn heute geblieben? Und welches Ende nahmen und wohin gelangten bis heute die sogenannten Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien, wie weit sind sie abgewichen von der wissenschaftlichen Revolutionslehre der Gesellschaft und deren Gesetzen“⁵⁶?

Die Parteitheoretiker in der *Nová mysl*⁵⁷, in den *Príspevky k dějinám*

⁵⁵ Sládek Jiří: Po XXII. sjezdu [Nach dem XXII. Kongreß]. Prag/Moskau Nr. 1, Januar 1962, S. 16.

⁵⁶ Ebenda S. 18.

⁵⁷ ‚Der neue Geist‘, parteitheoretische Zeitschrift der KPTsch, vor allem der marxistisch-leninistischen Philosophie.

KSČ⁵⁸, im Právník⁵⁹, die Historiker in den verschiedenen historischen Zeitschriften⁶⁰, die Leitartikler in den verschiedenen Parteizeitungen: Rudé právo, Pravda, Práce, Práca, Svobodné slovo, usw.⁶¹, sie alle sind heute bemüht, die historischen Ereignisse, vor allem der jüngsten Vergangenheit, in die herrschenden Thesen einzuordnen⁶².

Wenngleich heute im Zuge der Entstalinisierung — der Beseitigung des sogenannten Personenkultes — der Name Klement Gottwald in den Hintergrund gedrängt wird, so stößt man doch allenthalben auf sein Erbe, sein literarisches Vermächtnis. Denn auch er berief sich ja auf Lenin, vor allem aber auf das bereits zitierte Werk des Jahres 1917:

„Noch heute erinnere ich mich“ — schrieb er 1935 — „was in mir vorging, als ich das erste Buch Lenins las. Es war das Buch „Staat und Revolution“. Dieses Buch war für mich eine Offenbarung. Wie wenn sich mir die Augen öffnen würden. Auf einmal wurde mir vieles klar, um das ich viele Jahre lang wie blind herumgegangen war. Das haben auch Tausende andere Arbeiter erlebt“⁶³.

Mit einer beispiellosen Konsequenz führt Gottwald sein Programm durch, er ist die treibende Figur, in ihm findet Lenin einen treuen Vollstrecker seines Programms:

„Wir haben geschworen, eine Ordnung zu vernichten, die die Menschheit in endloses Elend gestürzt hat. Die es fertig gebracht hat, daß aus dieser Erde, auf der doch die Sonne scheint, eine Hölle geworden ist. Und wir

⁵⁸ ‚Beiträge zur Geschichte der KPTsch‘; methodisch nach dem Beispiel historischer Zeitschriften aufgebaut: Hauptaufsätze, Miscellen, Dokumentation, Buchbesprechungen, Literatur, Chronik.

⁵⁹ ‚Der Jurist‘, tschechische juristische Zeitschrift, vor allem zur Entwicklung des ‚sozialistischen Rechts‘.

⁶⁰ Vor allem im ČSČH, Historický časopis, in den Akademiezeitschriften, usw.

⁶¹ Rudé právo [Rotes Recht]: Zentralorgan der KPTsch;
Pravda [Wahrheit]: Zentralorgan der slowakischen KP;
Práce [Arbeit]: Zentralorgan des ÜRO;
Práca [Arbeit]: Organ des slowakischen Teils des ÜRO;
Svobodné slovo [Freies Wort]: Zentralorgan der (theoretisch existierenden aber praktisch gleichgeschalteten) Tschechischen Sozialistischen Partei.

⁶² So sagte Chruschtschow in dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU am den XX. Parteikongreß folgendes: „Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten. Es besteht kein Zweifel, daß für eine Reihe kapitalistischer Länder der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene schroffe Zuspitzung des Klassenkampfes unvermeidlich sind.“ Prawda (Moskau), 15. Februar 1956. Zit. nach: Theorie, Technik, Taktik des Weltkommunismus. Hrsg. von Hans Koch. Pfaffenhofen/Ilm 1959, Nr. 364, S. 153.

⁶³ Gottwald, Klement: Kommunistitscheskij internacional, vom 20. Januar 1935, S. 12. Hier deutsch zit. nach Nečásek: Die Jugend S. 53—54.

werden siegen“⁶⁴. Bei aller Härte suchte und fand Gottwald auch diesen leicht sentimentalsten Ton — der übrigens heute wieder besonders in der Beschwörung der Zukunft durch die Parteistrategen festzustellen ist.

Die Form parlamentarischer Demokratie, ja sogar eines rudimentären Parteiwesens spielt auch heute noch eine außerordentliche Rolle in der ČSSR: diese Form wird auch bis in die untersten Organe der verschiedensten Organisationen gewahrt. Sie wird vor allem im Bereich der Außenpolitik gegenüber den jungen afrikanischen und asiatischen Staaten bis zur letzten protokollarischen Feinheit geübt. Damit kommen wir aber zu der eigentlichen Taktik der KPTsch in der ČSR nach 1945.

Die Taktik der KPTsch

Ich greife hier nochmals auf den Überblick der Kampfmittel der KPTsch zurück, die ich im Anschluß an Kozák zusammenfassend in Punkt 7 der Darstellung seiner Thesen gebracht habe⁶⁵. Es handelt sich nun keineswegs um die Vollständigkeit der Fakten — diese sind ja bereits zum Großteil gesichert! — vielmehr interessiert das Exemplarische an einigen Fällen.

1. *Der ‚Druck von oben‘*. Die Aktion des ‚Drucks von oben‘ wurde und wird verstanden als Oktroyierung der für die Durchführung der sozialistischen Revolution notwendig angesehenen Maßnahmen mittels legislativer oder einfacher Verordnungsmaßnahmen: sei es von seiten der Regierung, einzelner Ministerien, durch Gesetzesvorlagen in der Nationalversammlung, usw. bis zu Maßnahmen auf Ortsebene in den Nationalausschüssen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Wahrung des Charakters streng formaler Legalität.

So nahmen zum Beispiel die durch Verfassungsdekret vom 4. Dezember 1944 geschaffenen Nationalausschüsse⁶⁶, die durch das Kaschauer Programm bestätigt worden waren, für sich ohne weiteres — ohne Wahl! — das Recht einer Vertretungskörperschaft in Anspruch; sie wehrten sich einerseits, wie z. B. in Brünn, gegen Bürokratisten aus Prag⁶⁷, folgten aber andererseits gleichzeitig den zentralen Anweisungen der kommunistischen Partei. Allein die KPTsch konnte sich auf ein straff organisiertes Netz ausgebauter Zellen, auf ein festes Partei- und Regierungsprogramm und vor allem auf eine ganz klar umrissene Ideologie stützen. Es ist die „neue historische Etappe der Errichtung der volksdemokratischen Tschechoslowakei“⁶⁸, der „größten

⁶⁴ Gottwald, Klement: in *Spartacus* 2 (1923) 26—27. Hier zit. nach Nečasek: Die Jugend. Vorblatt.

⁶⁵ Vgl. Anm. 12.

⁶⁶ Vgl. vor allem A. Štafl: *Národní výbory*. S. 16.

⁶⁷ *Zpráva ... národního výboru*. S. 5.

⁶⁸ *Straně věřte*. S. 76.

historischen Aufgabe . . . die unserer Partei harrte. Sie sollte zeigen, daß sie in der Lage ist, die großen revolutionären Aufgaben zu lösen, deretwegen sie im Jahre 1921 gegründet worden war . . . Warum aber geschah im Mai 1945 nicht wiederum, was sich im Oktober 1918 ereignete? . . . Aus zwei Gründen geschah dies so. Vor allem deshalb, weil die KPTsch im Verlaufe des Kampfes für die Erneuerung der nationalen Freiheit das gesamte werktätige Volk in der Nationalen Front vereinte und die Arbeiterklasse zur führenden Macht im Kampfe machte; . . . Zum zweiten deswegen, weil die Republik durch das siegreiche Militär der sozialistischen Sowjetunion befreit wurde“⁶⁹.

Die übrigen Parteien waren — von ihrer zerstörten oder viel zu schwerfälligen Struktur abgesehen — durch das Jahr 1938 vielfach psychologisch zu schwer belastet, z. T. wurden sie sogar ganz ausgeschaltet. Die KPTsch nahm sich durch ihre Minister Gottwald, Široký, Duriš, Fierlinger der populären Forderungen an: Am 5. Mai 1945 wurden die Nationalausschüsse durch Regierungsverordnung⁷⁰ endlich vollständig legal und damit zur Sicherheitsgarantie für die kommunistische Überlegenheit bei den ein Jahr später stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung. 14 Tage später wurde alles deutsche und ungarische, von einem Regierungssprecher auf 100 Milliarden Friedenskronen bezifferte⁷¹, Vermögen unter staatliche Kontrolle gestellt⁷², dann konfisziert. Dies war aber nur der Beginn einer großangelegten, allgemeinen Konfiskationskampagne, die der KPTsch am 24. Oktober 1945 mit der Verstaatlichung der Bergwerke, Großbetriebe, Aktienbanken und privaten Versicherungen⁷³ weitere wirksame Machtmittel in die Hand gab.

Es kann wohl mit Recht gesagt werden, daß innerhalb der zweiten Jahreshälfte von 1945 die Weichen in der ČSR endgültig gestellt worden sind, und zwar so fest, daß eine wirklich freie parlamentarische Entscheidung nicht mehr möglich war. Kozák übergeht im übrigen wohlweislich die für eine Teilnahme an der Marschallplankonferenz in Paris zunächst positive Entscheidung der kommunistischen Politiker. Von entscheidender Bedeutung sind aber die innerhalb der Nationalen Front vom sozialistischen Block beschlossenen Aktionen, wie z. B. die am 25. Juni 1945 ins Leben gerufene ‚Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung‘, die zu einem wirksamen Instrument der Politik der KPTsch wurde, insbesondere aber in den Februartagen 1948 zu einem Mittel des ‚Drucks von unten‘. Im weiteren war es die mit Billigung und unter aktiver Teilnahme der kommunistischen Minister

⁶⁹ Sborník výstavy dějin. S. 18.

⁷⁰ Sbirka zákonů. 1945, Nr. 3, S. 4.

⁷¹ KAG XV (1945) S. 245.

⁷² Sbirka zákonů. 1945, Nr. 7, S. 17 (23. Mai 1945). Am 21. Juni 1945 Konfiskation des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Magyaren durch Dekret des Staatspräsidenten.

⁷³ Sbirka zákonů. 1945, Nr. 47, S. 207.

betriebene Gründung des Einheitsverbandes der Jugend. So gab denn auch Viliam Široký dem 1. Kongreß auf dem Radhošt vom 4. bis 7. Juli 1945 das Gepräge: kommunistisches Aktionsprogramm und folkloristische Umrahmung⁷⁴ kennzeichneten dieses erste Massentreffen. Ähnlich verhielt es sich auch mit dem von Regierungsseite geförderten Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft⁷⁵.

Auf diese Weise verstand es die KPTsch meisterhaft, sich über den legalen Weg demokratischer Mittel ein breites Feld ihrer Aktionen des ‚Drucks von unten‘ zu verschaffen, indem sie sich ideologisch konsequent und in der Praxis flexibel an die u. a. auch von Paul Reimann skizzierte marxistisch-leninistische Methode hielt:

„Die marxistisch-leninistische Methode, die von der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf die Verhältnisse und besonderen Probleme der Tschechoslowakei angewendet worden sind, ermöglichte ihr die Erkenntnis der Schwäche und des Ungenügens des ersten Kampfes und des Klassencharakters der ersten Republik, die aus diesem Kampf entstand. Die tschechische Bourgeoisie, . . . durch München und die politische Kollaboration während der deutschen Besetzung als Diebesbande und Feind des Volkes entlarvt, mußte verschwinden. Die Kommunisten, die sich auf die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus stützten, waren die einzigen, die diese Entwicklung voraussahen und bereits vor Ausbruch des 2. Weltkrieges erkannten, daß die Arbeiterklasse in Verbindung mit allen übrigen Schichten des werktätigen Volks die führende Kraft im Kampf um nationale Befreiung sei“⁷⁶.

2. Der ‚Druck von unten‘. Der ‚Druck von unten‘ ist das außerparlamentarisch organisierte zentrale (wenn auch als solches oft nicht erkennbare) Einwirken auf Exekutive und Legislative. Es ist erstaunlich, mit welcher Offenheit Kozák im Grunde manche Minderheitenstellung der KPTsch beim Versuch der Durchsetzung ihrer Pläne zugibt. Ja, es wird erst dadurch klar, mit welcher überlegenen Konsequenz die verschiedensten Aktionen gesteuert wurden und im Zusammenwirken dann das Bild eines massiv wirkenden ‚Drucks von unten‘ ergaben.

Eines der wirksamsten Mittel war hierbei die Organisation von sogenannten Massendemonstrationen. So versicherte man sich der massiven, unkontrollierbaren Zustimmung einer amorphen Menge. Auf diese Weise wurde z. B. in den kritischen Februartagen Prag in Atem gehalten: Am Samstag, dem 21. Februar 1948, sprach Klement Gottwald vor Zehntausenden auf dem Altstädter Ring über die Entstehung der „Regierungskrise“ und

⁷⁴ Vgl. dazu die Schilderung bei J. Bartoš: ČSM, S. 20—24, bes. 21—22.

⁷⁵ Sein Gründungsdatum: Mai 1945; die Tendenz: von Anfang an eine Institution zu besitzen, die der Sowjetunion auf außerparlamentarischem Wege eine direkte Einflußnahme auf die Innenpolitik der ČSR ermöglichte.

⁷⁶ Reimann, P.: Století. S. 143.

brachte „Vorschläge zu ihrer Überwindung“⁷⁷; einen Tag später wurden die Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen zu einem Kongreß zusammengerufen. Am 24. Februar, 12 Uhr mittags, wurde der Generalstreik ausgerufen⁷⁸; einen Tag später gab Beneš dem Druck nach und bestätigte die neue Regierung Gottwald: dieser eilte anschließend sofort auf den Wenzelsplatz und holte sich Rückendeckung bei den inzwischen zusammengetrommelten Massen mit einer Rede⁷⁹. Drei Tage nach diesem ‚Tag des Sieges‘, am 28. Februar, begann der Kongreß der Bauernkommission, bei dem radikale Forderungen hinsichtlich der Bodenreform erhoben wurden.

In ähnlicher Weise wird der Jugendverband als Organisation eingespannt: auf die ZK-Tagungen der KPTsch folgen unmittelbar die ZK-Tagungen des Jugendverbandes mit den gleichen Forderungen und Arbeitsgrundlagen, die aber stets damit begründet werden, daß sie staatspolitisch oder für die Nation notwendig seien.

Von Anfang an wurden auch die Gewerkschaften als Druckmittel eingesetzt. Ein Beispiel: Bereits im September 1945 versammelten sich junge Gewerkschaftler in Ostrau, um eine Resolution an die Regierung zu senden:

„Die werktätige Jugend des Reviers Ostrava-Karvína fordert die tschechoslowakische Regierung auf, die Schlüsselindustrie und die Banken so schnell wie möglich zu verstaatlichen. Die Jugend steht bei der Verwirklichung des Programms treu an der Seite der tschechoslowakischen Regierung und vertritt dabei die Überzeugung, daß nur durch die Verstaatlichung der Industrie und der Banken der ungestörte Aufbau einer sozial gerechten Republik gesichert werden kann“⁸⁰.

In diesen Rahmen gehören Deputationen von Bauern nach Prag, Resolutionen von Betrieben oder Schichten, Arbeitsniederlegungen oder Lieferungsverweigerungen⁸¹, Diffamierung, öffentliche Anprangerung, usw. Die Fülle der Möglichkeiten läßt sich fast nicht überblicken.

Vor allem aber gehört hierher die gerade bei den Massenversammlungen mit Erfolg geübte Methode, Leidenschaften mit einfachen und gängigen Formeln hochzuspielen, um dann ‚den Volkszorn‘ demonstrieren zu können, wie folgende Auszüge aus einer Rede Gottwalds zeigen:

⁷⁷ Vgl. dazu MF Nr. 48 vom 25. Februar 1959.

Wortlaut der angenommenen Resolution in: Die Februarereignisse. S. 25—26.

⁷⁸ Nach MF Nr. 48, vom 25. Februar 1959, beteiligten sich „2,5 Millionen Werktätige“ an dem Generalstreik und „sagen Ja zu Forderungen der Betriebsräte“; dagegen hätten sich angeblich nur 1494 Werktätige gewandt.

⁷⁹ „Bürger und Bürgerinnen, Genossinnen und Genossen, Schwestern und Brüder, treue Freunde! Erlaubt, daß ich Euch heute als Vorsitzender der Regierung zunächst einen kurzen Bericht über einige Ursachen und einige Hintergründe der derzeitigen Regierungskrise erstatte . . .“ Spisy. Bd. XIV. S. 249.

⁸⁰ Zit. nach Bartoš: ČSM (vgl. Anm. 28) S. 38—39.

⁸¹ Beispiele werden genannt in: Die Februarereignisse. S. 93—94. Den Zeitungen Lidová demokracie und Svobodné slovo werden Papierlieferungen verweigert und ihr Erscheinen dadurch verhindert.

„Die Ursache (sc. der Regierungskrise) besteht darin, daß die Reaktion die volle Durchführung des Aufbauprogramms der jetzigen Regierung zum Scheitern bringen will, insbesondere die Verwirklichung der volksdemokratischen Verfassung, der Gesetze der Nationalversicherung, der neuen Bodenreform, der Steuererleichterungen für die Bauern und Gewerbetreibenden sowie eine Reihe weiterer Gesetze und Verfügungen zum Nutzen des werktätigen Volkes der Städte und des Landes. Die Ursache besteht darin, daß die Reaktion die Nationale Front auseinanderbrechen will, den brüderlichen Bund der Arbeiter, Bauern, Handwerker und der Intelligenz, indem sie unter der alten Parole vorgeht: ‚Teile und herrsche!‘ Die Ursache liegt darin, daß die Reaktion unser Vaterland in Gegensatz zu unseren slawischen Verbündeten bringen will, insbesondere zu dem mächtigsten von ihnen, der Sowjetunion, wobei es ihr überhaupt nicht darauf ankommt, daß dies der Beginn eines neuen München wäre, einer neuen nationalen und staatlichen Katastrophe der Tschechoslowakei ... Bürger und Bürgerinnen, liebe Freunde! Ich rufe Euch alle zur Wachsamkeit und Bereitschaft auf! Ich rufe Euch, alle guten Tschechen und Slowaken, Euch alle: Arbeiter, Bauern, Handwerker und Intellektuelle — zur Einheit und Geschlossenheit. Bildet in den Gemeinden, Bezirken und Kreisen Aktionsausschüsse der Nationalen Front aus den demokratischen und fortschrittlichen Vertretern aller Parteien und gesamtnationalen Organisationen. Erstickt jegliche Provokation reaktionärer Agenten im Keime. Seid einig und entschlossen — und Eure Wahrheit wird siegen ... Es lebe die volksdemokratische tschechoslowakische Republik^{82!}“

Das ‚Musterbeispiel‘ ČSR

Es stellt sich nun die Frage, ob man der ČSR⁸³ tatsächlich eine Sonderstellung in der Entwicklung zur ‚Volksdemokratie‘ zusprechen soll oder kann. Zieht man die von Kozák angeführten Beispiele heran und versucht man auch unabhängig davon, auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials, eine Analyse, so ist festzuhalten, daß die ČSR gegenüber den anderen Ländern des Sowjetblocks wie auch im Vergleich zu anderen sozialistisch regierten Ländern eine Sonderstellung einnimmt. Die zentrale Methodik der von der KPTsch gelenkten Aktionen, die systematische Durchdringung aller wichtigen Positionen in Staat, Verwaltung sowie die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige und Finanzunternehmen verschaffte der Partei eine allseitige und detaillierte Kontrollmöglichkeit. Nichts im Staat konnte ihrem wachsamem Auge entgehen. So stellt denn auch die letzte Februarwoche des Jahres 1948 die Endstufe einer bereits bei

⁸² Aus der Rede Gottwalds am 21. Februar 1948. Spisy. Bd. XIV. S. 250—251, 254.

⁸³ Bis 11. 7. 1960 ČSR; von da ab durch Verfassungsänderung ‚Sozialistische‘ Republik.

Kriegsanfang eingeleiteten Politik dar, die unter Ausnützung günstiger historischer Bedingungen die Macht im Staate in die Hände der Kommunistischen Partei brachte und dem demokratischen Staate ein Ende bereitete. Was sich dann innerhalb der ČSR vollzog, war nur noch die Erfüllung des großangelegten Programms der Diktatur innerhalb des Blocks der kommunistisch gelenkten Staaten.

So ist das Ziel der kommunistisch gelenkten „breiten Demokratie . . . , der neuen demokratischen tschechoslowakischen Republik⁸⁴“ erreicht, die entsprechend der Aussage eines Parteitheoretikers „der Staat des neuen Typs, der Staat der Volksdemokratie⁸⁵“ geworden ist.

⁸⁴ Nosek : Republika. S. 8, 21.

⁸⁵ Ebenda S. 20.